

Protokoll

der Sitzung vom

26. April 2002

im Grossratssaal in Freiburg

Vorsitz: Katharina Hürlimann, Präsidentin¹

Anwesend: 112 Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte.

Entschuldigt: Martine Banderet, Sophie Bugnon, Laetitia Deiss, Danielle Julmy-Hort, Katharina Thalmann-Bolz, Jean Aebischer, Michel Bapst, Jacques Barras, Joseph Binz, Joseph Eigenmann, Hans-Peter Gaberell, Patrik Gruber, Christian Levrat, Yvan Pauchard, Martial Pitet, Gaston Waeber und Werner Zürcher.

Abwesend: Yvonne Gendre.

1. Eröffnung der Sitzung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 8.31 Uhr.

Die Präsidentin erklärt, dass sie an einen Tag der « Offenen Tür » einer Rekrutenschule eingeladen ist. Der zweite Teil der Sitzung wird daher von der 2. Vizepräsidentin Rose-Marie Ducrot präsiert. Sie dankt Rose-Marie Ducrot für ihre Verfügbarkeit.

¹ Vorsitz nach der Pause: Rose-Marie Ducrot, 2. Vizepräsidentin.

2. Beratung des letzten Teils der Thesen der Kommission 5

Staatsrat - Kompetenzen

Thesen 5.3.3.15, 5.3.3.16, 5.3.3.17, 5.3.3.18, 5.3.3.19 und 5.3.3.20

Peter Jaeggi stellt die Thesen vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die Thesen werden angenommen.

These 5.3.3.21

Peter Jaeggi stellt die These 5.3.3.21 vor.

Antoinette de Weck stellt den Antrag der FDP-Fraktion vor: « Le Conseil d'Etat ~~surveille les communes~~ exerce la haute surveillance sur les communes. Alinéa 2 supprimé. » (« Der Staatsrat ~~beaufsichtigt die Gemeinden~~ übt die Oberaufsicht über die Gemeinden aus. Absatz 2 gestrichen. »).

Adrian Urwyler unterstützt die These der Kommission im Namen der CVP-Fraktion.

Michel Bavaud weist auf den Unterschied zwischen dem Wort « surveiller » und dem positiveren Ausdruck « veiller sur » hin. Er schliesst sich deshalb dem Antrag der FDP-Fraktion an.

Peter Jaeggi hält fest, dass die Gemeinden autonom sind. Der Staat beaufsichtigt sie.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 48 « grün » (Antrag der FDP-Fraktion); 57 « rot » (These der Kommission); 3 Enthaltungen.

Die These der Kommission wird angenommen.

Thesen 5.3.3.22, 5.3.3.23, 5.3.3.24, 5.3.3.27, 5.3.3.28, 5.3.3.29 und 5.3.3.30

Peter Jaeggi stellt die Thesen vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die Thesen werden angenommen.

Beziehungen Grosser Rat - Staatsrat

Thesen 5.4.1, 5.4.2, 5.4.3 und 5.4.4

Peter Jaeggi stellt die Thesen vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die Thesen werden angenommen.

These 5.4.5

Peter Jaeggi stellt die These 5.4.5 vor.

Joseph Rey erläutert seinen Antrag: « Les membres du Conseil d'Etat doivent participer aux séances du Grand Conseil et des commissions parlementaires lorsque les débats touchent à leur département. Des exceptions ne sont admises qu'avec l'accord du président du Grand Conseil ou du président der commission concernée. » (« Die Mitglieder des Staatsrates müssen an den Sitzungen des Grossen Rates und der parlamentarischen Kommissionen teilnehmen, wenn die Beratungen ihre Direktion betreffen. Ausnahmen sind nur mit dem Einverständnis des Präsidenten des Grossen Rates oder der betreffenden Kommission gestattet. »).

André Schoenenweid unterstützt die These der Kommission im Namen der CVP-Fraktion. Er hält den Antrag von Joseph Rey für übertrieben.

Rose-Marie Ducrot sieht die Sache nuancierter. Sie schlägt vor, den Antrag Rey zu einem Zusatz zur These der Kommission zu machen, da sie es für wichtig erachtet, dass die Staatsratsmitglieder anwesend sind, damit sie ihre Vorlagen verteidigen können.

Joseph Rey ist einverstanden mit dem Vorschlag von Rose-Marie Ducrot.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 23 « grün » (Zusatz von Joseph Rey); 77 « rot » (These der Kommission); 3 Enthaltungen.

Die These der Kommission wird angenommen.

Thesen 5.4.6 und 5.4.7

Peter Jaeggi stellt die Thesen vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die Thesen werden angenommen.

These 5.4.7

Peter Jaeggi stellt die These 5.4.7 vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die These wird angenommen.

Verwaltung

These 5.5.1

Peter Jaeggi stellt die These 5.5.1 vor.

Olivier Suter stellt den Antrag der Bürger-Fraktion vor: « Alinéa 1 : inchangé. Alinéa 2 : Il [Le Conseil d'Etat] veille à ce que l'administration mette son enthousiasme et ses compétences au service des objectifs définis par le canton, agisse conformément au droit, soit efficace et assure un service de proximité. Alinéas 3 et 4 inchangés. » (« Absatz 1: unverändert. Absatz 2: Er [Der Staatsrat] sorgt dafür, dass die Verwaltung ihren Enthusiasmus und ihr Wissen in den Dienst der vom Kanton vorgegebenen Ziele stellt, und sorgt für eine rechtmässige, bürgernahe und wirkungsvolle Verwaltung. Absätze 3 und 4 unverändert. »).

André Schoenenweid stellt den Antrag der CVP-Fraktion vor: « Alinéa 3 : Des tâches cantonales administratives déterminées peuvent être assumées à un niveau régional ~~si la loi le prévoit~~. » (« Absatz 3: ~~Das Gesetz kann vorsehen, dass~~ Bestimmte kantonale Aufgaben können auf regionaler Ebene wahrgenommen werden. »).

Denis Boivin unterstützt die These der Kommission im Namen der FDP-Fraktion.

Peter Jaeggi schlägt vor, den Antrag der Bürger-Fraktion (Enthusiasmus und Wissen) in die These der Kommission zu integrieren.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 40 « grün » (Antrag der Bürger-Fraktion); 63 « rot » (Ablehnung); 6 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung: 59 « grün » (Antrag der CVP-Fraktion); 51 « rot » (These der Kommission); keine Enthaltung.

Der Antrag der CVP-Fraktion wird angenommen.

These 5.5.2

Peter Jaeggi stellt die These 5.5.2 vor.

Alexandre Grandjean stellt den Änderungsantrag der SP-Fraktion zu 5.5.2 vor: « Le canton institue un organe indépendant de médiation en matière administrative. » (« Der Kanton rich-

tet eine unabhängige Ombudsstelle für Verwaltungsangelegenheiten ein. »). Er freut sich über den Beschluss der Kommission, möchte aber keine « Kann-Vorschrift ».

Adrian Urwyler spricht sich im Namen der CVP-Fraktion für die These der Kommission aus. In Bezug auf den Antrag Grandjean ist er persönlich der Meinung, dass es Sache des Grossen Rats ist zu entscheiden, ob er eine Ombudsstelle einrichten will oder nicht.

Joseph Rey spricht sich persönlich für den Antrag Grandjean aus.

Peter Jaeggi verteidigt ein letztes Mal die These der Kommission.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 50 « grün » (Änderungsantrag der SP-Fraktion); 58 « rot » (These 5.5.2 der Kommission); 1 Enthaltung.

Die These der Kommission wird angenommen.

Die Präsidentin erklärt, dass damit alle Thesen der Kommission 5 beraten wurden. Sie dankt Peter Jaeggi und den Mitgliedern der Kommission 5 für ihre Arbeit.

Die Sitzung wird um 9.30 Uhr unterbrochen und um 10.02 Uhr wieder aufgenommen.

3. Beratung des letzten Teils der Thesen der Kommission 3 (Finanzen)

3.1 Einführung durch die Sprecherin der Kommission 3

Erika Schnyder stellt die Anträge der Kommission 3 vor. Sie weist insbesondere auf die im Grossen Rat eingereichte Motion Rudolf Vonlanthen hin (Ausgabenbremse). Sie schlägt vor, diese Motion im Verfassungsrat heute nicht zu behandeln.

3.2 Eintretensdebatte

Die Vizepräsidentin fragt, ob jemand gegen das Eintreten ist.

Félicien Morel erklärt sich in Bezug auf die Motion Vonlanthen einverstanden mit Erika Schnyder. Er stellt fest, dass die Thesen der Kommission in Richtung einer Ausgabenbremse gehen und damit im Sinne der Motion sind. Er schlägt vor, dass die Kommission noch einmal darüber diskutiert und einen Beschluss in Kenntnis der Sache fällt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Es wird Eintreten beschlossen.

3.3 Detailberatung der Thesen

These 3.41

Erika Schnyder stellt die These 3.41 vor.

Ambros Lüthi hält im Namen der SP-Fraktion fest, dass die These 3.41 der Kommission der These 3.52 (Politik der Vollbeschäftigung) widerspricht, und findet es falsch, einen ausgeglichenen Voranschlag auf so wenig flexible Weise in der Verfassung vorzuschreiben. Die in der These erwähnte Frist von 5 Jahren ist ebenfalls zu kurz, um negative Auswirkungen zu verhindern. Er schlägt vor, die These zu streichen oder zu ändern, damit der Grosse Rat bei aussergewöhnlichen Ereignissen davon abweichen kann.

Auguste Dupasquier unterstützt die These der Kommission im Namen der FDP-Fraktion.

Pierre Aeby stellt seinen Antrag vor: « Le budget de fonctionnement de l'Etat est équilibré à terme. Il est [...] doivent être compensés les années suivantes (biffer la parenthèse) .» (« Das Betriebsbudget des Staates ist auf Dauer ausgeglichen. Darin sind [...] in den Folgejahren ausgeglichen werden (Klammer streichen). ») Er hält fest, dass die These der Kommission die Gefahr einer Banalisierung der aussergewöhnlichen Ereignisse beinhaltet, und erläutert die Nachteile der 5jährigen Frist.

Claude Schorderet unterstreicht zwar die Wichtigkeit eines ausgeglichenen Voranschlags, erklärt sich aber in Bezug auf die 5jährige Frist einverstanden mit Pierre Aeby. Er kann sich der These der Kommission, insbesondere dem ersten Satz, nicht anschliessen.

Alexandre Grandjean beantragt die Ablehnung der These der Kommission.

Félicien Morel unterstützt die These der Kommission. Er weist darauf hin, dass der Grosse Rat die Motion Vonlanthen, die eine Ausgabenbremse verlangt, erheblich erklärt hat. Seinem Vorredner Pierre Aeby entgegnet er, dass es sich hier um den Voranschlag der Laufenden Rechnung und nicht um den Voranschlag der Investitionsrechnung handelt.

Frédéric Sudan unterstützt persönlich die These der Kommission.

Nach Ansicht von **Alain Berset** ist die These der Kommission nicht umsetzbar. Er schlägt vor, dass die Kommission noch einmal über die Bücher geht und einen realistischen Voranschlag bringt.

Hermann Boschung unterstützt die These der Kommission.

Pierre Aeby verteidigt seinen Antrag und entgegnet Félicien Morel, dass die Abschreibungen den Voranschlag aufblähen.

Jean-Claude Maillard spricht sich im Namen der CVP-Fraktion für die These der Kommission aus und erklärt, dass sie von Staatsrat Urs Schwaller persönlich gutgeheissen wurde.

Ambros Lüthi erklärt noch einmal, dass die 5jährige Frist nicht durchsetzbar ist. Er unterstützt den Änderungsantrag Aeby.

Die Vizepräsidentin lässt abstimmen: 35 « grün » (Änderungsantrag Aeby); 72 « rot » (These 3.41 der Kommission); 3 Enthaltungen.

Die Vizepräsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung: 85 « grün » (These 3.41 der Kommission); 21 « rot » (Ablehnung); 5 Enthaltungen.

Die These der Kommission wird angenommen.

These 3.42

Erika Schnyder stellt die These 3.42 vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die These wird angenommen.

Thesen 5.2.3.20 und 5.2.3.20^{bis}

Peter Jaeggi stellt die These 5.2.3.20 vor.

Erika Schnyder stellt fest, dass Absatz 3 der These 5.2.3.20 im Grunde genommen der These 3.46 entspricht. Sie beantragt die Streichung von Absatz 3.

Peter Jaeggi ist einverstanden.

Christian Seydoux stellt die These 5.2.3.20^{bis} der Kommissionsminderheit vor, welche die Absätze 3 und 4 ablehnt.

Philippe Risse spricht sich im Namen der CVP-Fraktion für die These der Kommission und insbesondere für die Absätze 3 und 4 aus.

Alain Berset macht geltend, dass sich die Kommissionsminderheit von formellen Argumenten leiten liess, und stellt die Frage, ob es wirklich notwendig ist, die Absätze 2 und 3 in die These zu übernehmen.

Erika Schnyder schlägt vor, die These ohne Absatz 3 zur Abstimmung zu bringen.

Peter Jaeggi hat keine weiteren Bemerkungen.

Die Vizepräsidentin lässt abstimmen: 40 « grün » (These der Kommissionsminderheit); 67 « rot » (These der Kommission ohne Absatz 3); 1 Enthaltung.

Die These der Kommission wird ohne Absatz 3 angenommen.

These 5.3.3.26

Peter Jaeggi stellt die These 5.3.3.26 vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die These wird angenommen.

These 3.43

Erika Schnyder stellt die These 3.43 vor, welche die gutgeheissene These 5.3.3.26 ergänzt.

Das Wort wird nicht verlangt. Die These wird angenommen.

These 3.4, 4.6, 4.6.1, 4.6.2 und 4.6.2^{bis}

Erika Schnyder stellt die These 3.44 vor.

Frédéric Sudan schlägt vor, diese These zusammen mit den Thesen 4.6, 4.6.1, 4.6.2 und 4.6.2^{bis} zu behandeln.

Erika Schnyder ist einverstanden.

Frédéric Sudan, Berichterstatter der Kommission 4, stellt die Thesen 4.6, 4.6.1 und 4.6.2 vor. Er fragt sich, ob Absatz 1 der These 3.44 nicht überflüssig ist, da das Thema bereits behandelt wurde.

Michelle Chassot stellt die These 4.6.2^{bis} vor.

Jacqueline Brodard unterstützt die These 4.6.2 im Namen der CVP-Fraktion.

Philippe Wandeler unterstützt die Thesen der Kommissionen 3 und 4 im Namen der CSP-Fraktion, spricht sich aber für den Antrag der Minderheit der Kommission 4 aus (4500 anstatt 6000 Unterschriften).

Erika Schnyder erklärt, dass die Redaktionskommission über die Struktur des Texts und insbesondere über Absatz 1 der These 3.44 entscheiden wird.

Frédéric Sudan beantragt die Ablehnung der These 4.6.2^{bis}.

Die Vizepräsidentin lässt abstimmen: 45 « grün » (These der Minderheit 4.6.2^{bis}); 61 « rot » (Thesen des Kommissionen 3 und 4); 1 Enthaltung.

Die Thesen 3.44, 4.6, 4.6.1 und 4.6.2 werden angenommen.

These 3.45

Erika Schnyder stellt die These 3.45 vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die These ist angenommen.

Thesen 3.46 und 3.46^{bis}

Die Vizepräsidentin hält fest, dass der Antrag 3.46^{bis} (Streichung der These 3.46) im französischen Dokument fehlt.

Erika Schnyder erklärt, dass Absatz 3 der These 5.2.3.20 hier eingefügt wird. Die These hat daher folgenden Wortlaut: « Le bien-fondé des tâches de l'Etat et des subventions cantonales doit être périodiquement examiné, sous l'angle de la nécessité, de l'utilité et des coûts. » (« Die Berechtigungsgrundlage der Aufgaben des Staates und der kantonalen Subventionen muss periodisch unter dem Blickwinkel der Notwendigkeit, Nützlichkeit und Kosten überprüft werden. »)

Stéphane Sugnaux stellt die These 3.46^{bis} vor.

Claudine Matthey stellt den Antrag der CVP-Fraktion vor: « Le bien-fondé des subventions cantonales doit être périodiquement réexaminé. » (« Kantonale Subventionen sind periodisch auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen. »).

Philippe Risse erklärt, dass die CVP-Fraktion Absatz 3 der These 5.2.3.20 unterstützt.

Philippe Wandeler unterstützt die Minderheitsthese im Namen der CSP-Fraktion.

Nach Meinung von **Stéphane Sugnaux** ist der erste Teil der These der Kommission problematisch. Er schliesst sich dem Änderungsantrag der CVP-Fraktion an.

Peter Jaeggi möchte, dass über Absatz 3 der These 5.2.3.20 und nicht über den Ausdruck « Berechtigung » abgestimmt wird.

Laurent Schneuwly unterstützt den Antrag der CVP-Fraktion und Absatz 3 der These 5.2.3.20.

Erika Schnyder stellt fest, dass lediglich über Absatz 3 der These 5.2.3.20 und nicht über die These 3.46 abgestimmt werden muss. Die Kommission kann sich dem Antrag der CVP-Fraktion anschliessen.

Die Vizepräsidentin lässt abstimmen: 74 « grün » (Absatz 3 der These 5.2.3.20); 29 « rot » (Ablehnung); 4 Enthaltungen.

Absatz 3 der These 5.2.3.20 wird angenommen.

Die These 3.46 wird in der von der CVP-Fraktion vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Thesen 3.47, 3.48 und 3.49

Erika Schnyder stellt die Thesen vor.

Das Wort wird nicht verlangt. Die Thesen werden angenommen.

Thesen 3.50 und 7.1.3^{quater}

Erika Schnyder stellt die These 3.50 vor (Finanzausgleich).

Denis Chassot stellt die These 7.1.3^{quater} der Minderheit der Kommission 7 vor. Er verteidigt den Finanzausgleich und hält fest, dass die These 7.1.3^{quater} in die gleiche Richtung zielt wie die These 3.50.

Stéphane Sugnaux stellt den Antrag der SP-Fraktion vor: « Un taux unique est fixé pour l'ensemble du canton concernant les personnes morales. Cette harmonisation doit permettre de mettre en place une politique de développement économique globale, de favoriser la mise en place de zones et des infrastructures nécessaires, de mettre en place une péréquation financière entre les différentes régions. » (« Für juristische Personen wird ein einheitlicher Steuersatz für den ganzen Kanton festgelegt. Diese Harmonisierung soll die Einführung einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik ermöglichen, die Schaffung der notwendigen Zonen und Infrastrukturen fördern und einen Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Regionen schaffen. »).

Félicien Morel stellt einen Ordnungsantrag. Es ist 11.55 Uhr. Der Finanzausgleich ist ein wichtiges Thema. Er möchte nicht, dass der Verfassungsrat überstürzt entscheidet, und schlägt deshalb vor, diese Thesen in der Maisession zu behandeln.

Die Vizepräsidentin eröffnet die Diskussion.

Claude Schorderet, **Alain Berset** (im Namen der SP-Fraktion), **Denis Boivin** (im Namen der FDP-Fraktion) und **Philippe Wandeler** (im Namen der CSP-Fraktion) unterstützen den Ordnungsantrag.

Philippe Wandeler beantragt, dass die Kommission, die dieses Geschäft behandelt, noch einmal darüber diskutiert. **Die Vizepräsidentin** nimmt den Antrag zur Kenntnis.

Die Vizepräsidentin lässt abstimmen: 99 « grün » (Ordnungsantrag Morel); 1 « rot » (Ablehnung); keine Enthaltung.

Die Beratung wird an der nächsten Session weitergeführt.

4. Schluss der Sitzung

Die Vizepräsidentin dankt dem Sekretariat und insbesondere Danielle Boillat, die heute ihren letzten Arbeitstag hat.

Beifall.

Sie weist die Mitglieder des Verfassungsrats auf den Termin vom 18. Mai hin (Expo.02).

Die **Vizepräsidentin** schliesst die Sitzung um 11.59 Uhr.

Freiburg, den 26. April 2002.

Die Präsidentin:

Katharina Hürlimann

Der Sekretär ad hoc:

Sébastien Schneuwly